

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/69

13. April 1974

Gefährliche Früchte der Hetze

Warnzeichen innerpolitischer Klimaverschärfung
Seite 1 und 1a / 63 Zeilen

Muß Opposition wirklich so sein?

CDU/CSU-Agitation im Lichte der Tatsachen
Seite 2 / 45 Zeilen

Künftig mehr europäische Verkehrspolitik?

Verkehrspolitiker des Europa-Parlaments
gehen einen neuen Weg

Von Horst Seefeld SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 2, Hausstraße 2-10
Postfach: 9163
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 35
Telefax: 865 846; 888 847;
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Gefährliche Früchte der Hetze

Warnzeichen innerpolitischer Klimaverschärfung

Ob es wirklich die Tat eines Einzelgängers war, der den mißglückten Attentatsversuch auf den Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann unternommen hat, wird sich im Laufe der Ermittlungen hoffentlich bald herausstellen. Die Mordabsicht eines zwanzigjährigen ehemaligen NPD-Mitgliedes und Deserteurs der Bundeswehr muß alle alarmieren und zur höchsten Wachsamkeit aufrufen, die sich Sorgen um die innenpolitische Entwicklung und um die Polarisation im Verhältnis der beiden Großparteien machen. Die unverkennbare Radikalisierung des politischen Lebens zeigt unheilvolle Früchte. Dieser Mordanschlag kommt nicht aus heiterem Himmel. Morddrohungen gegen führende Politiker der Koalitionsparteien waren ihm vorausgegangen. Stecken wirklich nur Einzelgänger dahinter, oder ist es vielmehr ein Klima, das, von bestimmter Seite bewußt angeheizt, bei jenen Mordlust erzeugt, die labilen Charakters und einem hemmungslosen Fanatismus anheimgefallen sind?

Man braucht dabei nicht nur an die "Aktion Widerstand", ein rechtsradikales Sammelbecken von bedenkenlosen Wirkkopfen zu denken. Sie hat wiederholt mit schwarzumrandeten Flugblättern mit Überschriften wie "Tod den Verrätern" und "Brandt an die Wand" blinden Haß gezüchtet und zum Mord aufgerufen. Das ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Erinnerungen an die Weimarer Zeit tauchen hier auf. Unter den Kugeln von feigen Mördern fielen ein Matthias Erzberger, ein Walter Rathenau und viele andere. Auch der erste Reichspräsident der Weimarer Republik wurde durch eine aus nationalistisch trüben Quellen gespeiste Hetze in einen frühzeitigen Tod getrieben. Alle waren Politiker, denen von Fanatikern - die wußten, was sie taten - das Kainszeichen des nationalen Verrates aufgezwungen wurde, obwohl diese patriotisch gesinnten Männer bemüht gewesen waren, aus den Trümmern der Niederlage des Ersten Weltkrieges ein neues der Freiheit, der

Demokratie und der Völkerverständigung verpflichtetes Deutschland aufzubauen.

Es ist wahr, die Geschichte wiederholt sich nicht. Unsere Demokratie ist heute gefestigter als jene der Weimarer Republik; auf die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien ist bei allen Wahlen die überwiegende Mehrzahl aller Stimmen entfallen. Der Radikalismus von links und rechts, in dessen vernichtendes Räderwerk Weimar geraten war, ist zur Rolle einer bedeutungslosen Minderheit verurteilt. Doch was heute zählt und bedenklich stimmt, ist die zunehmende Verschärfung des innenpolitischen Klimas, sind die emotional beladenen Auseinandersetzungen, die sich an der Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel entzünden. Das läßt sogar manchen Besonnenen seine Besonnenheit vergessen, er wird manchmal blind, verliert das Maß und schlägt wild um sich. Weiß jeder Gegner der Regierungspolitik denn wirklich und jederzeit, was er an emotionalem Zündstoff anhäuft, wenn er zu leichtfertig von Verzichtspolitik spricht, wenn er die Friedensbemühungen der Bundesregierung und den damit verbundenen Versuch eines notwendigen Ausgleichs mit unseren östlichen Nachbarn gleichsetzt mit mangelnder Vertretung nationaler Interessen? Oder gar mit nationalem Verrat? Oder daß ein Regierungswechsel erfolgen müßte, damit in Bonn wieder deutsche Politik gemacht werden könne?

Es ist höchste Zeit, daß wieder ruhige Besinnung einkehrt, und daß der Satz aus der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 vom "sachlichen Gegeneinander im nationalen Miteinander" zum prägenden Leitmotiv unvermeidlicher politischer Kämpfe wird. Der Mordversuch an Heinemann ist ein unübersehbares Alarmzeichen; nicht glatte Lippenbekenntnisse tun not, sondern eine haarscharfe Distanzierung von jeder Art von Radikalismus und ein Widerstand gegen jede Versuche, die Politik der Ratio durch eine Politik entfesselter Emotionen zu ersetzen. Unser Volk und unsere Demokratie haben Anspruch darauf. Die Früchte der Metze mahnen,

(ac/ex/13.4.1971/ks)

- + +

Muß Opposition wirklich so sein?

CDU/CSU-Agitation im Lichte der Tatsachen

Muß Opposition so sein? Da droht der Oppositionsführer Dr. Rainer Barzel, die CDU/CSU werde den Kanzler mit einem Mißtrauensvotum stürzen, wenn Brandt vor einer Berlin-Regelung den Moskauer Vertrag ratifizieren lassen wolle. Für den Standpunkt der CDU/CSU, daß erst nach einem erfolgreichen Abschluß der Viermächteverhandlungen an eine parlamentarische Abhandlung der Ostverträge zu denken sei, gebe es im Bundestag eine klare Mehrheit.

In der Tat, diese sehr klare Mehrheit gibt es, denn es handelt sich um die Ansicht der Koalitionsparteien, daß ohne eine befriedigende Berlin-Regelung im Bundestag zu den Verträgen überhaupt nicht Stellung genommen werden solle. Ist es also wirklich ein noch erlaubter Trick, diese Tatsache wie auch alle dahingehenden Erklärungen des Kanzlers einfach zu verschweigen? Dr. Barzel spekuliert offenbar auf die Dummheit seiner Leser, die glauben könnten, daß nur die CDU die notwendige Standfestigkeit in der Berlin-Frage habe. Mit der Drohung, die Oppositionsfraktionen würden einen Mißtrauensantrag einbringen, um die Koalition und ihre Regierung zur Räson zu bringen, spiegelt der Oppositionsführer einen Sachverhalt vor, den es überhaupt nicht gibt, um daraus eine Schlagzeile zu gewinnen.

Ganz ähnlich verhält es sich, wenn Dr. Barzel zum nun xten Male die Interventionsklauseln der UN-Charta als Beweis dafür anführt, daß es der Sowjetunion mit dem Verzicht auf Gewalt garnicht ernst sei. Die Regierung und ihre Sprecher, ja selbst der neue sowjetische Botschafter in Bonn Falin, haben immer wieder versichert, daß die Sowjetunion von diesem Siegerrecht nach der Ratifizierung des Gewaltverzichtsvertrages keinen Gebrauch machen werde. Wozu sonst überhaupt soll ein solcher Vertrag nutzen? Aber er ist noch nicht inkraft, noch nicht ratifiziert. Bis dahin bleibt es bei diesem theoretischen Siegerrecht, so weit es auch die drei Westmächte für sich in Anspruch genommen haben. Bis dahin schützt die Bundesrepublik allein die Zugehörigkeit zum Nordatlantikpakt gegen Willkür - wie schon seit sechzehn Jahren. Trotzdem unternimmt die Opposition wider besseres Wissen, diesen rein juristischen Punkt, den ein Laie sowieso nicht verstehen kann, so vorzubringen, als ob nun für die Zukunft täglich mit einer sowjetischen Intervention zu rechnen sei.

Diese Opposition schämt sich sogar nicht einmal, jedes Opfer der Mienenfelder zwischen den beiden Teilen Deutschlands als Beweis gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung anzuführen, so als ob nicht gerade diese Opfer es wären, die diese Politik mit notwendig machten. Das, was Leben retter und Entspannung bewirken soll, wird als Bestätigung des Terrors hingestellt. Wie wohl muß man eine solche bössartige "Argumentation" nennen und charakterisieren?!

Günther Scholz
(-/ee/13.4.1971/ks)

Künftig mehr europäische Verkehrspolitik?

Verkehrspolitiker des Europa-Parlaments gehen einen neuen Weg

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Einen ungewöhnlichen und bisher nicht praktizierten Weg haben die dem Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments angehörenden Politiker aus den sechs EWG-Ländern begangen. Sie faßten ihren Unmut über das nach ihrer Meinung im Schneckentempo schleichende Vorkommen der europäischen Verkehrspolitik nicht nur in der allgemein üblichen Mißbilligung gegenüber der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dem Ministerrat zusammen, sondern sie ergriffen selbst die Initiative und handelten. In der Regel nimmt die Kommission an den Ausschußsitzungen teil, trägt dort ihre Ansichten und die des allein entscheidenden Ministerrats vor und die Parlamentarier können dann bei den Vollversammlungen des Europa-Parlaments gegenüber dem für das jeweilige Fachgebiet amtierenden Präsidenten des Ministerrats ihre aufbauenden oder kritisierenden Anmerkungen darlegen. Das bedeutet, daß das direkte Gespräch zwischen dem Parlament und dem Ministerrat nur über Umwegen oder sporadisch möglich ist.

Da sich die Unzufriedenheit mit dem Fortgang einer EWG-Verkehrspolitik in letzter Zeit verstärkte, setzte der Verkehrsausschuß des Parlaments nunmehr eine Arbeitsgruppe ein, die jeden der sechs EWG-Verkehrsminister persönlich aufsuchen und mit ihm im direkten Gespräch Wege zur Beschleunigung der zahlreichen anstehenden Harmonisierungsmaßnahmen suchen soll. Daß die Verkehrspolitiker an die Wurzel gehen wollen, mag aus der unkomplizierten und sehr direkten Fragestellung hervorgehen, die den Ministern in einem Katalog vorab zur Verfügung gestellt wurde. So sollen die nationalen Minister erklären, ob sie in der bisherigen Verzögerung einer gemeinsamen Verkehrspolitik im EWG-Bereich nicht auch - wie die Parlamentarier - die Behinderung einer ausgewogenen Entwicklung der allgemeinen Integrationspolitik der Gemeinschaft sehen. Weiterhin wird nach den Möglichkeiten für die Beschleunigung des Arbeitstempos und des Beschlußfassungsverfahrens im Rat gefragt. Die Minister werden ebenso nach ihren Ansichten über bestimmte

Prioritäten wie danach gefragt, welche ausstehenden Beschlüsse wann konkret gefaßt werden können.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wollen die Fragesteller die Antworten zum Problem der nationalen Rücksichtnahmen verfolgen. Hier lautet die Frage im Fragekatalog: "Welche besonderen nationalen Interessen zwingen die einzelnen Minister, sich einer weiteren Durchführung der Verkehrspolitik zu widersetzen und welche Minister sind im einzelnen dafür verantwortlich, daß Beschlüsse nicht zustande kamen?" Schließlich bietet der Verkehrsausschuß auch seine Hilfe an. Seine Mitglieder sind bereit, in ihren nationalen Parlamenten - von denen sie ja in das Europa-Parlament entsandt sind - eventuell bestehende Hindernisse mit aus dem Weg räumen zu helfen.

Diese direkte Aussprache zwischen den Parlamentsmitgliedern und den sechs Verkehrsministern könnte der Anfang für eine verkehrspolitische Offensive in der Sechser-Gemeinschaft sein. Den sechs Gesprächen soll eine sorgfältige Analyse im Verkehrsausschuß folgen, die wiederum der Grundstock für eine in den nächsten Monaten zu führende große Verkehrsdebatte im Straßburger Europa-Haus sein soll.

Mit Sicherheit werden die über ihre geringe bisherige Kompetenz klagenden EWG-Verkehrspolitiker bei ihren Forderungen nach einem Mehr an europäischer Verkehrspolitik nicht allein stehen. Es muß daran erinnert werden, daß gerade auch der Bundesverkehrsminister Georg Leber am Ende seiner Amtszeit als Ratsvorsitzender im Dezember 1970 in Brüssel über die geringe Ausbeute in den letzten Jahren geklagt und von sich aus zahlreiche Beispiele, wie etwa im Eisenbahn- und Luftverkehrsbereich, für eine Harmonisierung in Europa gegeben hätte. Bleibt lediglich die Frage, ob, wenn alle sechs Verkehrsminister die Aktivität der Parlamentarier begrüßen und die kritischen Frage im europäischen Sinne positiv beantworten, deshalb auch tatsächlich in Kürze schon neuer Schwung in diesen wichtigen Teilbereich der europäischen Integration kommt. Man wird abwarten und hoffen müssen.

(-ex/13.4.1971/bgy)